

Antrag

der Abgeordneten Agnes Malczak, Katja Keul, Tom Koenigs, Omid Nouripour, Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Viola von Cramon-Taubadel, Ulrike Höfken, Thilo Hoppe, Uwe Kekeritz, Ute Koczy, Kerstin Müller (Köln), Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Dr. Frithjof Schmidt, Hans-Christian Ströbele der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Umfassende Entschädigung für Radarstrahlenopfer der Bundeswehr und der ehemaligen NVA

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Viele Soldaten der Bundeswehr und der NVA, insbesondere junge Wehrdienstleistende Männer, sind bis in die 1980er Jahre hinein vollkommen unwissend mit ionisierender Strahlung und Röntgenstrahlung in Berührung gekommen und haben gesundheitsschädliche Partikel inkorporiert. Einige von ihnen sind daraufhin schwer erkrankt. Betroffene können einen ursächlichen Zusammenhang in vielen Fällen aber nicht lückenlos nachweisen, da es weder ausreichende Aufzeichnungen über den Umgang mit Strahlen- und Radarquellen, noch über Dauer und Intensität der Exposition jedes einzelnen Soldaten gibt. Aufgrund des fehlenden Gefahrenbewusstseins dieser Zeit können Betroffene folglich auf kein „Beweismaterial“ für ihre Schädigung zurückgreifen. Den Dienstherrn entbindet dies aber nicht von seiner Verantwortung und Fürsorgepflicht. Die Umkehr der Beweislast wird daher verständlicherweise von den Betroffenen gefordert.

Die Frage nach einer Entschädigung der Soldaten gestaltet sich folglich äußerst schwierig. Sie beschäftigt den Deutschen Bundestag seit dem Jahr 2000. Im Jahre 2002 empfahl der Verteidigungsausschuss die Einsetzung einer Kommission. Im Abschlussbericht der „Radarkommission“ von 2003 wurden Kriterien erstellt, die festlegen, in welchen Fällen eine Krankheit auf Strahleneinwirkung zurückzuführen ist. Der Bericht machte zudem weiteren Forschungsbedarf geltend insbesondere zur Untersuchung der gesundheitlichen Auswirkungen von HF-Strahlung und zu Aspekten der ionisierenden Strahlung.

Laut Auskunft der Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 17/3607 vom 2.11.2010) wurden dennoch von den bisher 3.803 gestellten Anträgen auf Versorgung nur rund 19,7 Prozent (751) zugunsten der Antragsteller entschieden, während 68 Prozent (2.587) abgelehnt wurden. Dabei gehen der Bund zur Unterstützung Radargeschädigter, Interessenvertretung der ehemaligen Bundeswehrsoldaten, und der Bund zur Unterstützung Strahlengeschädigter, die Interessenvertretung ehemaliger NVA-Soldaten und anderer Mitarbeiter ziviler Einrichtungen der DDR, davon aus, dass die Bundesregierungen die Anerkennungskriterien des Radar-Berichtes nicht wohlwollend im Sinne der Antragsteller auslegen.

In der 16. Wahlperiode waren sich alle im Bundestag vertretenen Fraktionen einig, dass es zeitnah eine umfassende Lösung des Problems im Sinne der Geschädigten geben muss (Plenarprotokoll 16/230).

Dies ist angesichts des oft fortgeschrittenen Alters der Betroffenen und ihrer ernsten Erkrankungen umso dringlicher. Trotz zahlreicher Zusagen aus der Verwaltung eine Stiftungslösung voranzutreiben, stagniert der Prozess der Aufarbeitung und der Entschädigung nunmehr seit mehreren Jahren. Der politische Wille, den Betroffenen möglichst zügig und unbürokratisch zu helfen, ist über die Grenzen der Fraktionen hinweg indes weiter vorhanden. Jetzt müssen Taten folgen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

in Umsetzung der Erkenntnisse der Radarkommission und vor dem Hintergrund des hohen Alters der Betroffenen zeitnah einen Entwurf für ein Radarstrahlenopfer-Gesetz vorzulegen, das sich an folgenden Maßgaben orientiert:

1. Die unterschiedlichen Anerkennungs- und Entschädigungsverfahren von ehemaligen Bundeswehrangehörigen und NVA-Soldaten müssen im Sinne der Radar-Geschädigten vorangetrieben werden. Nach geeigneten gangbaren, unbürokratischen und schnellen Lösungen ist zu suchen. Die Ermessensspielräume bzw. die Beurteilungsspielräume für das Vorliegen der Anerkennungskriterien sollten zugunsten der Betroffenen nicht zu eng gefasst sein.
2. Radargeschädigte ehemalige Angehörige der Bundeswehr und der NVA sind gleich zu behandeln.
3. Neben dem Staat sind auch die Radargerätehersteller angemessen an den Entschädigungskosten zu beteiligen.
4. Die Verstrahlung von Angehörigen von Bundeswehr und NVA muss weiter aufgeklärt und dokumentiert werden. Dazu muss erneut eine unabhängige Expertenkommission ins Leben gerufen und personell angemessen ausgestattet werden.
5. Die Radar-Kommission soll ihre Arbeit wieder aufnehmen, und mindestens einmal im Jahr dem Deutschen Bundestag über den Fortgang ihrer Arbeit berichten. Neben der Anerkennung, Entschädigung und Versorgung der Radargeschädigten soll sie sich mit der Verbesserung der Strahlensicherheit beschäftigen und somit einen Beitrag zur Vermeidung künftiger strahlenbedingter Berufskrankheiten leisten

Berlin, den 5. April 2011

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

Begründung

Während des Kalten Krieges mussten Millionen junger Männer in der alten BRD und in der ehemaligen DDR Dienst an der Waffe leisten. Dies galt besonders in der DDR, wo auch als Ersatzdienst lediglich der Bausoldat zugelassen war. Junge wehrpflichtige Männer und Berufssoldaten wurden in allen Bereichen der Bundeswehr und der NVA eingesetzt. Viele von ihnen kamen während ihrer Dienstzeit mit Radartechnik, Leuchtfarbe und anderen Quellen ionisierender Strahlen in Berührung. Besonders in den 1950er und 60er Jahren, aber auch noch bis in die 1980er Jahre hinein war der Umgang mit ionisierenden Strahlenquellen häufig unbedarft.

Das Dienstverhältnis eines Soldaten oder einer Soldatin weist und wies das Alleinstellungsmerkmal des „Gehorsams“ auf. Auch das darf (trotz des Prinzips der „Inneren Führung“ in der Bundeswehr) weder in der Bundeswehr noch in der NVA unterschätzt werden. Die Soldaten haben Befehle ausgeführt und mit dem Gerät gearbeitet, das sie vorfanden. Entscheidend ist, dass die Fürsorgepflicht des Dienstherrn ebenfalls sowohl bei der Bundeswehr als auch bei der NVA bestand. Folglich vertrauten die jungen Menschen ihren Vorgesetzten in der Regel, wenn diese sie an Waffen, Radargeräten, militärischen Kompassen etc. ausbildeten. Unklar ist, inwiefern Vorgesetzte unterer Ebenen selbst Kenntnis darüber hatten, mit welcher gefährlichen Stoffen sie arbeiten ließen und auch selbst arbeiteten.

Seit Einsatz der Radargeräte gab es eine Diskussion über die gesundheitlichen Risiken, die sie mit sich bringen. Mit der Zeit konnte die Forschung die Gefahren ionisierender Strahlen nachweisen und in der Folge wurden im militärischen Bereich sukzessive zahlreiche Schutzvorschriften erlassen, sowie eine konsequente Erfassung von Daten hinsichtlich des Umgangs mit Strahlenquellen vorangetrieben. Eine umfassende Information und Aufklärung fand jedoch bis zum Einsetzen der sogenannten „Radarkommission“ im Jahr 2002 nicht statt. Selbst mit dem Bericht dieser Kommission aus dem Jahr 2003 ist der Bedarf an Forschung und Aufarbeitung noch nicht vollständig befriedigt gewesen. Es fehlen daher genaue Aufzeichnungen und Messungen aus der Zeit des Einsatzes der Strahlenquellen. Weder gibt es lückenlose und präzise Aufzeichnungen darüber, welcher Soldat zu welcher Zeit wie lange mit welchen Strahlenquellen in Berührung gekommen ist, noch wurden genau die jeweiligen Einsatzbereiche eines jeden Soldaten erfasst. Das entlässt den Dienstherrn aber nicht aus der Pflicht, Fürsorgeleistungen für die im Dienst Geschädigten zu erbringen.